

# „Mercedes nicht vergraulen“

Wirtschaftssenator Martin Günthner spricht offene Worte vor Wirtschaftsrat der CDU

VON  
AXEL SCHULLER

Wäre Martin Günthner (34) nicht erst Ende Februar 2010 Wirtschaftssenator geworden, möglicherweise wäre dann die Entscheidung über Tempo 50 auf der Kurfürstenallee nicht gefallen.

Günthner stellte sich jüngst vor Besuchern einer Veranstaltung des Wirtschaftsrates der CDU klar hinter die Autofahrer. Man müsse stets daran denken, dass Mercedes 12.500 Arbeitsplätze bereitstelle. Ein solches Unternehmen dürfe man

„nicht vergraulen“. Bei künftigen Verkehrsdebatten, warb Günthner, dürfe man nicht nur die volkswirtschaftlichen Vorteile des Öffentlichen Nahverkehrs berechnen, sondern gleiches müsse für den Individualverkehr gelten. Günthner griff damit Anregungen des Ex-Handelskammerpräsidenten Lutz H. Peper und des amtierenden Präses Otto Lamotte auf.

Die beiden hatten sich gegen Tempo 30 in der Bismarckstraße sowie gegen Tempo 50 auf der Kurfürstenallee und gegen Ampel-Übergänge auf der Allee ausgesprochen. Günthner auf die Frage, ob er diese Beschlüsse zur Verkehrsberuhigung mitgetragen hätte: „Das war vor meiner Zeit. So etwas

muss man breit diskutieren.“

Der junge Wirtschaftssenator bezeichnete sich als „Fan der Citymaut“. Das leise Aufstöhnen im Saal kommentierte er listig: „Aber erst, wenn Bremen die Größe Londons erreicht hat.“

Zu den Firmen Atlas und Rheinmetall, die auch Rüstungsgüter herstellen, bekannte er sich ausdrücklich: „Rüstung gehört zu Bremen. Immerhin geht es da auch um 3.200 Arbeitsplätze.“

Überraschend offen äußerte er sich vor der überwiegend mit Wirtschaftsvertretern besetzten Runde zum Thema Haushaltssanierung. Natürlich müsse Bremen versuchen, jährlich 100 Millionen Euro

zu sparen. Nur so werde man die vom Bund zugesagten 300 Millionen Euro erhalten. Die mittlerweile in der Landesverfassung verankerte Schuldenbremse sei jedoch „eine Fußfessel“. Günthner rechnet damit, dass bereits ab 2013 alle Länder Finanzierungsprobleme haben werden: „Wo wir 2013 finanziell stehen werden, ist derzeit völlig offen.“ Fest stehe aber: „Bremen kann sich auf keinen Fall aus eigener Kraft entschulden.“

Die Schuldenbremse sieht vor, dass Bremen bis 2020 insgesamt eine Milliarde Euro (also jährlich 100 Millionen) einsparen muss und von da an keine neuen Schulden mehr gemacht werden dürfen.